Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. ¼jährlich Mk. ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile Pfg., auswärts Mk. Amtlicher Teil Mk. Reklamezeile Mk. Beilagegebühr pro Hundert Mk. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 148 — Mittwoch, den 14. Dezember 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Mittwoch, den 14. Dezember 1921, vorm. 11 Uhr sollen im Gasthofe zur „Stadt Leipzig" in Naunhof als Versteigerungsort

4 große vollst. Kachelöfen

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 12. Dezember 1921. Q 943 21.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Nach Erklärungen eines Regierungsvertreters sollen die Reformpläne für die Eisenbahnen auf eine Herausnahme der Bahnen aus dem allgemeinen Reichsetat und der Zuständigkeit des Reichstages hinauslaufen.

* Dr. Rathenau ist aus London zurückgekehrt und hat dem Reichskanzler Bericht erstattet.

* Der Dollar sank an der Berliner Montagsbörse bis auf 162 Mark.

* Briand und Lloyd George wollen am 19. Dezember das Programm für die nächste Sitzung des Obersten Rates vereinbaren, die Anfang Januar stattfinden soll.

* Das neue Abkommen zwischen Amerika, England, Japan und Frankreich sieht eine friedliche Regelung aller Streitfälle in der Südsee auf dem Beratungswege vor.

* Die Vereinigten Staaten wollen die Mittel zu einer Spende von zehn Millionen Bushel Korn für Rußland bewilligen.

Drohende Zeichen.

Dem Zusammenbruch der Pfälzischen Bank ist binnen wenigen Tagen eine zweite Katastrophe gefolgt. Der Allgemeine Düsseldorfer Bankverein hat seine Zahlungen eingestellt. Die Gründe dieser wie Wetterzeichen auftretenden Ereignisse sind in beiden Fällen die gleichen. Devisenspekulationen, also Handel mit ausländischen Wertpapieren, haben sowohl Pfälzische Bank wie Düsseldorfer Bankverein in den Abgrund geführt. Das Pfälzische Unternehmen hat ungefähr 350 Millionen Mark verloren. Wieviel die Düsseldorfer Einbußen betragen, ist noch nicht klargestellt. Unbedeutend können sie nicht sein, denn der Aufsichtsrat versuchte, durch persönlichen Einschuß von 120 Millionen Mark die Situation zu retten. Aber ein solches Opfer langte nicht und so mußte man den Bankerott ansagen.

Mit welcher Schnelligkeit sich bei dem Hochstand des Spekulationsfiebers die Dinge entwickeln, ist daraus zu ersehen, daß die Aktien der Pfälzischen Bank noch am 28. November mit 445 Prozent (d. h. 4450 Mark für 1000 Mark Nennwert) an der Berliner Börse notiert wurden, ein paar Tage später waren sie nichts mehr wert. Im vorigen Jahre zahlte die Bank, die mit einem Aktienkapital von 75 Millionen und einer Reserve von 23 Millionen arbeitete, 10 Prozent Dividende. Man kann in diesem Falle nicht einmal sagen, daß die Jagd nach dem mühelosen Gewinn nur die Dummen und Unerfahrenen zur Strecke bringt. Pfälzer wie Düsseldorfer leitende Leute sind sicher Männer „vom Fach" gewesen, aber sie gerieten dennoch ins Rutschen und kamen zu Boden, von dem sie sich nicht mehr zu erheben vermochten. Die Kundenschulden werden möglicherweise ganz oder teilweise getilgt werden — für die Pfälzische treten Deutsche Bank und Rheinische Kreditbank ein, die Besitzer der Aktien kommen um ihr Geld, das nicht nur aus großen, sondern sicherlich auch aus kleinen Händen hervorwuchs.

Dem schwarzen Donnerstag, dem 1. Dezember, der einen so vernichtenden Schlag gegen „berufsmäßige" und unberufene Spekulation führte, folgte eine „Erholung", wie es börsentechnisch genannt wird. Die deutsche Mark sank wieder, der Dollar und mit ihm alle ausländischen Wertpapiere, ebenfalls die inländischen Handelseffekten stiegen. Wer seine Gewinne dann rechtzeitig realisieren, einheimsen konnte, ohne die Gefahr neuer Verluste zu wagen, hatte seinen Besitz vermehrt auf Kosten der Markbewertung, auf Kosten der Allgemeinheit, deren Verdienst aus ehrlicher Arbeit gekürzt wurde. Denn die Gewinne der Spekulanten bezahlt immer ein anderer, mag der Spekulant sich berufsmäßig nennen oder die Gelegenheit wahrnehmen, gleich Kindern, die sich auf den Zuckersack werfen, der einem Fuhrmann vom Wagen auf die Straße gefallen ist. In dieser nicht sehr würdevollen Rolle trat und tritt ein leider bis ins Unzählbare gewachsener Teil unseres Volkes auf, der sich wie blutgierige Schmeißfliegen an den offenen Wunden des deutschen Volkskörpers zu mästen gedenkt. Um nicht ganz an der Zukunft zu verzweifeln, muß man schon annehmen, daß manche dieser Gelegenheitsspekulanten sich der Verwerflichkeit ihres Tuns gar nicht bewußt waren und auch gar nicht versuchten, sich dessen bewußt zu werden. Mit einfacher Selbstverständlichkeit hörte man in Kneipen, auf der Bahn, bei Geselligkeiten, bei allen möglichen Anlässen über Ankauf und Verkauf von Wertpapieren diskutieren. Menschen der verschiedensten Stände, vom Beamten bis zum Grünkramhändler, vom Handwerksmeister und Kaufmann bis zur Hausfrau und ihrer Waschfrau. Sie alle wollten rücksichtslos gewinnen, nicht verdienen, was an und für sich aus der menschlichen Eigenart, unserthalben auch aus der Verwirrung unserer Epoche, erklärbar sein mag, aber im übrigen doch eine Demoralisierung des persönlichen und öffentlichen Anstandsgefühls bedeutet, die geradezu mit Ekel und Widerwillen erfüllen mußte.

Nun sinken die ausländischen Zahlungsmittel wieder, der Dollar ist noch etwa 160 Mark wert, die überhoch getriebenen inländischen Industriepapiere bewegen sich nach unten, einheimische Staatsanleihen usw. geben ihren verhungernden Inhabern schwache Hoffnung. Gelingt es wirklich, mit den unsere Geschicke bestimmenden Auslandsmächten ein die Unerfüllbarkeit der Deutschland auferlegten Leistungen milderndes Abkommen zu erzielen, so wird sich die Bewegung zur Rettung der Mark vor dem gänzlichen Verschwinden möglicherweise verstärken. Selbst der geschickteste Börsianer und bestinformierte Politiker können nicht wissen, wie sich der Kurs der Devisen und der Wertpapiere gestalten wird. Manchmal aber haben die Leute vom Fach einige Tage früher Kenntnis von solchen Dingen als das Publikum. In bewegten Börsenzeiten kommt fast alles auf Schnelligkeit an. Darum haben die Börsianer mehr Aussicht Verluste zu vermeiden als der kleine Spekulant. Die Aussichten auf Gewinn an Geldscheinen und Industriewertitteln sind nach wie vor äußerst unsicher. Wer aus diesen Tatsachen nicht lernen will, der möge an den Pfälzer und den Düsseldorfer Fall denken. Die Aktionäre, die vielleicht ihr Vermögen darin angelegt hatten, sind im Handumdrehen enteignet worden. Schadenfreude ist auch für Fernstehende nicht am Platze, denn blühende Unternehmungen mit Zweigstellen, Depositenkassen, Beamten und Angestellten sind vernichtet.

Wer schweren Zeiten mit einer gewissen Ruhe entgegensehen will, der verlasse sich auf seinen Arbeitsverdienst und auf solides Einkommen, nicht aber auf Spekulationsgewinne, die mit einem Schlage Spekulationsverluste werden und das ganze Vermögen der Spekulanten aufzehren können. Das Menetekel ist an die Wand geschrieben, das Ende kann unverhofft kommen wie der Dieb und der Tod — mitten in der Nacht!

•

„Ins Zuchthaus!"

Der Führer der deutschen Volkspartei Abg. Dr. Stresemann, sprach auf einer Parteiversammlung in Bautzen über die Lage. Lloyd George werde behaupten, solange die Eisenbahn mit 17 Milliarden Defizit arbeite, könne Deutschland stattdessen auch Kriegsentschädigung zahlen. Solange Deutschland diesen Betrieb nicht rationell gestalten könne, sei es kreditunwürdig. Eine Neuregelung müsse kommen. Die Industrie werde Vorschläge machen, die Gewerkschaften hätten objektive Prüfung zugesagt. Wir müßten nun wieder ein einiges Volk werden. Napoleons erstes Gesetz als Konsul war: Wer in Devisen seines Landes spekuliert, gehört ins Zuchthaus. Auch wir müßten den Spekulationsgeist beseitigen, um wieder hoch zu kommen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Pläne zur Verbesserung unseres Eisenbahnwesens.

Staatssekretär Stieler vom Reichsverkehrsministerium gab in Köln im Verein der Industriellen Aufschlüsse über die neuen Pläne zur Verbesserung unseres Eisenbahnwesens. Hiernach sieht das künftige Eisenbahnfinanzgesetz die Schaffung eines Verwaltungsrates vor, der sich aus Mitgliedern des Reichstages, des Reichsrats, des Reichswirtschaftsrats, der Personalvertretung und der freien Wirtschaft zusammensetzt. Das Vermögen der Reichsbahn soll ein Sondervermögen des Reiches bilden, wodurch der Eisenbahnhaushalt von dem allgemeinen Reichshaushalt getrennt werden kann. Zur Verminderung des Personalbestandes soll ein Eisenbahnarbeitergesetz eingerichtet werden, das zwar grundsätzlich am Achtstundentag festhält, aber nicht jede Wartezeit voll als Arbeitszeit gelten läßt.

Der Kanzler am Rhein.

Reichskanzler Dr. Wirth hat den Städten Köln und Königswinter einen kurzen Besuch abgestattet und ist sofort wieder nach Berlin zurückgekehrt. Er kam so überraschend nach Köln, daß dort in der Eile nur ein Notquartier bei einem höheren Beamten für ihn beschafft werden konnte. In Königswinter nahm er an einer Parteiausschußsitzung des rheinischen Zentrums teil, wo er eine nichtöffentliche Rede über die politische Lage hielt und dabei betonte, daß wir in den nächsten Tagen vor sehr schwerwiegenden Entscheidungen stehen würden. Er forderte seine Parteifreunde auf, ihm gerade in dieser ernsten Zeit mit besonderem Vertrauen zur Seite zu stehen.

Wirtschaftskonferenz im besetzten Rheingebiet.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat Vertreter des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft aus den besetzten rheinischen Gebieten vom 14. bis 16. Dezember zu Besprechungen über die wirtschaftliche Lage in den besetzten rheinischen Gebieten nach Koblenz eingeladen. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete ist ebenfalls zu den Besprechungen eingeladen worden.

Reichsmietengesetz und Hausbesitz.

In Berlin tagte der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer und nahm Stellung zu den Gesetzentwürfen über Mieterschutz und Mieteinigungsämter und der Beteiligung des Hausbesitzes an der Kreditaktion für das Reich. Der Vorsitzende bezeichnete alle ergriffenen und in Aussicht stehenden Maßnahmen und Gesetze als Vorläufer und Handhaben für die Sozialisierung des Wohnungswesens. Im vaterländischen Interesse sei die Erhaltung des Privateigentums im Wohnungswesen zu fordern. Folgende Leitsätze wurden angenommen: Das Reichsmietengesetz darf nur einen Übergang zur freien Wohnwirtschaft darstellen. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit muß anerkannt werden. Die Friedensmiete muß angemessen berichtigt werden. Alle Sozialisierungsgedanken (wie Mieterräte usw.) müssen fallen.

Lefevres Märchen.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des Pariser „Matin" wies Reichskanzler Dr. Wirth die ungeheuerlichen Behauptungen des früheren französischen Kriegsministers Lefevre über deutsche Rüstungen und Rachepläne zurück. Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß alles geschehen ist, was die Vorschriften über die Entwaffnung von ihr fordern, und Dr. Wirth wiederholte, was Herr Briand im Oktober d. Js. selbst bestätigte, daß von Deutschland dem europäischen Frieden keinerlei Gefahr droht, wenn man es seiner friedlichen Arbeit und der Entwicklung seiner demokratischen Einrichtungen überläßt.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Als Botschafter in Rom ist der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Freiherr von Neurath, in Aussicht genommen.

Berlin. Der preußische Ministerpräsident hat den früheren Finanzminister und mehrheitssozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Südekum zum Staatskommissar zur besonderen Bearbeitung der Groß-Hamburgischen Frage ernannt.

Wien. Die Volksabstimmung für Ödenburg-Stadt ist auf den 14. Dezember, für die Umgebung von Ödenburg auf den 16. Dezember anberaumt worden.

London. Die Spaltung in der Irenpartei wegen des Abkommens mit England soll soweit vorgeschritten sein, daß de Valera von seinem Amt als Präsident zurücktreten will.

Washington. Im Repräsentantenhause wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, in dem ein Einwanderungsverbot für drei Jahre vorgesehen ist. Auch sollen vorläufig keine Naturalisierungen vorgenommen werden.

Tokio. Binnen wenigen Tagen wurden zwei Mordanschläge auf den kürzlich ernannten japanischen Premierminister Baron Takahaschi verübt.

Friede im Stillen Ozean!

Das Vier-Mächte-Abkommen von Washington.

Es ist diesmal kein Friede, der einen im Gange befindlichen Krieg beendet, sondern ein Friede, der einem künftigen, und man kann wohl sagen, nahe bevorstehenden Krieg vorbeugen soll. Die Interessen Japans und der Vereinigten Staaten in der Südsee kamen immer schärfer in Gegensatz zueinander, so daß man die gewaltsame Auseinandersetzung mit Sicherheit kommen sah. Da hat man einen Damm aufgerichtet, von dem man nun abwarten muß, ob er auch einer ernsten Sturmflut gewachsen sein wird. Das bisher bestehende englisch-japanische Bündnis, von dem stets erklärt wurde, daß es keine Spitze gegen Amerika habe, war dennoch ein Hindernis der Verständigung aller in der Südsee interessierten Mächte. An seine Stelle ist nun ein Abkommen getreten, welches

Amerika, Japan, England und Frankreich

verpflichtet, gegenseitig ihre Rechte bezüglich ihrer insularischen Besitzungen im Stillen Ozean zu achten. Wenn eine Meinungsverschiedenheit entsteht, die sich nicht auf diplomatischem Wege regeln läßt, so sollen alle vier Mächte zu einer Konferenz zusammentreten, der die Frage zur Prüfung und Regelung vorzulegen ist. Gegen etwaige fremde Angriffe will man ein Einvernehmen über die wirksamsten Maßnahmen zur Abwehr anstreben. Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Gültigkeit, und kann dann mit 12monatiger Kündigung beendet werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die zwischen Großbritannien und Japan am 13. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.

Das Vertrauen auf die Ehrlichkeit

ist, wie Senator Lodge in der Washingtoner Konferenz hervorhob, die einzige Grundlage, auf der dieses Abkommen beruht. Die Anwendung von Gewalt soll dadurch ausgeschlossen sein. Auf der Konferenz selbst hat der Abschluß des Vertrages große Freude hervorgerufen. Die Vertreter aller dort vertretenen Staaten gaben ihrer großen Befriedigung in kurzen Ansprachen Ausdruck und Staatssekretär Hughes schloß die denkwürdige Sitzung mit den Worten: „Ich freue mich, daß dieses Abkommen einen außerordentlichen Fortschritt auf dem Wege der Erhaltung des Friedens bedeutet." Der Washingtoner Sonderberichterstatter der Times schreibt sogar, die Konferenz habe ein neues Kapitel in der Geschichte der Nationen eingeleitet.

•

Warum nicht in Europa?

Die Franzosen haben natürlich sofort gemerkt, wie nahe der Gedanke liegt, ob das Viermächte-Abkommen nicht in der-